

Deutschland.

Berlin, 29. Oktober. Der Gesetzentwurf betreffend die Einrichtung einer Subventionierten Postdampferlinie nach Ostafrika hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung einer regelmäßigen Postdampferverbindung zwischen Deutschland und Ostafrika bis auf eine Dauer von zehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Subvention zu übertragen und in dem hierüber abzuschließenden Verträge eine Beihilfe bis zum Höchstbetrage von jährlich 900,000 Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 2. Der im § 1 bezeichnete Vertrag muß die in der Anlage zusammengefügten Hauptbedingungen enthalten und bedarf seiner Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrathes. Der Vertrag, sowie die auf Grund desselben geleisteten Zahlungen sind dem Reichstage bei Vorlage des nächsten Reichshaushalts- etats mitzutheilen.

§ 3. Der nach § 1 zahlbare Betrag ist in den Reichshaushaltsetats einzuführen.

Nach der in § 2 erwähnten Anlage haben die regelmäßigen Fahrten 12 Monate nach Abschluß des Vertrages zu beginnen und mindestens alle vier Wochen zu erfolgen und zwar mit mindestens 10% Knoten Fahrleistung; der Reichskanzler bestimmt die anzuliegenden Häfen; die neuen Dampfer müssen auf deutschen Werften erbaut werden; die Dampfer müssen die deutsche Postflagge führen und die Post neben den sie eventuell begleitenden Beamten ohne weitere Bezahlung befördern.

Die Begründung des Gesetzentwurfs weist zunächst auf den Schiffsverkehr zwischen den deutschen und ostafrikanischen Häfen hin. Die Britisch-Indien-Linie und die Caste-Mail-Linie, deren Dampfer von den in Ostafrika gelegenen Häfen nach Ostafrika fahren, sind die wichtigsten ostafrikanischen Häfen anlaufen, sind einzelne Linien und werden von der englischen bzw. portugiesischen Regierung subventioniert; beide Linien sind natürlich den britischen bzw. portugiesischen Interessen nach Möglichkeit dienlich, worunter die deutschen Linien zu leiden haben.

In der Hauptsache ist der deutsche Verkehr auf die Britisch-Indien-Linie angewiesen, Passagiere, Güter und Post müssen in den Dampfern wechseln und bleiben oft Wochen lang liegen. Nicht minder unzulänglich ist die Expedition von Gütern auf englischen Dampfern via Kapstadt. Das englische Markenpostgesetz erschwert übrigens den Durchgang deutscher Waaren durch England. Es liegt ein Widerspruch darin, daß Deutschland zur Vermittlung seines ostafrikanischen Handels sich seines Hauptkonkurrenten, d. h. Englands, bedienen müsse.

Eben diese Erwägungen haben die französische Regierung im Juli v. J. veranlaßt, eine direkte Postdampferlinie Mar-seille-San-Juan-Madagaskar einzurichten, um dem englischen und deutschen Handel besser Konkurrenz machen zu können. Deutschland darf deshalb mit dem gleichen Schritt nicht länger zögern, oder es wird den ihm zukommenden Antheil am Handel Ostafrikas verlieren. An der Entwicklungsfähigkeit der ostafrikanischen Küstengebiete sei nicht zu zweifeln.

Die Denkschrift bezieht sich dann namentlich auf Ostafrika und konstatiert die außerordentliche Bedeutung, welche die Delagoa-Bai durch den Bau der Eisenbahn nach Pretoria erlangt; das Burenland habe in großem wirtschaftlichen Aufschwung, desgleichen die „südafrikanische Republik“, der portugiesische Hafen Lourenco-Marques verspreche, ein hervorragendes Brennpunkt des Handels zu werden. In Transvaal seien deutsche Unternehmer und Ingenieure und deutsches Kapital stark betheiligt. Deutschlands merkantile Interessen im ganzen Burenland seien ebenso groß, wie diejenigen irgend eines anderen Staates.

Die Begründung des Entwurfs zählt endlich alle Waaren auf, welche Deutschland nach Ostafrika exportirt und von dort importirt, und folgert daraus, daß auch deutsche Industrie und deutscher Handel reichen Gewinn aus einer direkten Dampferverbindung ziehen werden. Der Briefverkehr mit San-Juan hat von 8600 Sendungen im Jahre 1885 auf 27,900 im Jahre 1887 zugenommen.

Die Dampfer sollen von Hamburg, als dem Hauptstich der ostafrikanischen Handelsbeziehungen, ausgehen und bis zur Delagoa-Bai laufen; auf eigene Kosten aber soll die Linie ihre Fahrten bis Natal ausdehnen. Folgende Häfen dürften angelaufen werden: Port Said, Suez, Aden, Maskara, Kilwa, Zanzibar, Delagoa-Bai, Port Natal.

Aus dem neuesten statistischen Bericht der deutschen Reichspost- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1888 entnehmen wir folgende interessante Mittheilungen.

Das deutsche Reichspost- und Telegraphengebiet umfaßt 455,220,64 Quadratkilometer (aus-schließlich 434,81 Quadratkilometer Wasserfläche) mit 39,440,308 Einwohnern nach der Zählung vom 1. Dezember 1885. Es entfallen hierauf durchschnittlich 89 Einwohner auf einen Quadratkilometer.

Die Gesamtzahl der Post- und Telegraphen-Anstalten betrug 23,524 mit 92,288 Beamten, Unterbeamten, Postkavalieren und Postillon. Im Auslande befanden sich deutsche Postanstalten in Apia, Konstantinopel, Fiume, Bagdad, Jaffa, Jalta, Kamehameha, Kerauara, Klein-Popo, Konstantinopel, Kama, Dumbingine, Shanghai und Vitoria (deutsches Schutzbiet Kamerun).

Die Gesamtzahl der durch die Post beförderten Sendungen betrug:

an Briefereien und Geld- 2,123,457,345 Stück,

an Paketen und Gebel- 103,350,605 „

mithin insgesamt: 2,226,807,950 Stück.

Die Zahl der Briefsendungen setzt sich zusammen aus:

859,821,280 Briefen,

280,215,490 Postkarten,

285,342,750 Drucksachen und Geschäfts-papieren,

20,836,940 Waarenproben,

65,237,549 Postanweisungen,

4,965,809 Postanfragebriefen,

3,000,001 Postnachnahmebriefen,

568,957,960 Zeitungssendungen, 34,989,426 außerordentlichen Zeitungs-beilagen;

die der Päckerei- und Geldsendungen aus:

93,097,143 Paketen ohne Werthangabe,

2,574,482 Paketen mit Werthangabe,

7,678,980 Briefen mit Werthangabe.

Es betrug ferner: der Gesamtwerth der durch die Post vermittelten Geld-Sendungen 17,088,962,416 Mark, das Gesamtgewicht der durch die Post beförderten Päckerei-Sendungen 385,325,270 Kilogramm, die Gesamtzahl der mit den Posten beförderten Personen 2,036,538 Personen, die Stückzahl der an das Publikum ab-gegebenen oder von den Postanstalten zur Ver-kaufsstelle der baar erlegten Frachten verwendeten Post-wertheichen 1,312,817,461 Stück im Betrage von 139,480,024 Mark, 41 Pf., fast 8 Millionen Mark mehr als im Jahre 1887, die Gesamt-länge der Telegraphenlinien im Ganzen 80,470,02 Kilometer (der oberirdischen Linien 74,774,37 Kilometer, der unterirdischen Linien 5630,65 Kilo-meter, und der unterseischen Kabel 64,97 Kilo-meter), die Gesamtzahl der beförderten Tele-gramme innerhalb des deutschen Reichsgebietes 13,837,346 Stück (11,41 Prozent mehr als im Jahre 1887), die Gesamtzahl der mittels Rohr-post beförderten Gegenstände 3,825,285 Tele-gramme, Briefe und Karten, die Zahl der drei mit Stadt-Telegraphenstationen 174, die der Stadt-Telegraphenstationen 174, die der Fern-sprech-Vermittlungsanstalten ausgeführten Verbin-dungen 149,511,616.

Die Gesamt-Einnahmen beliefen sich auf 201,122,478 Mark, die Gesamt-Ausgaben auf 174,580,480 Mark, mithin betrug der Ueberschuß 26,541,998 Mark.

Ganz besonders hervorzuheben sind die An-gaben über den Umfang der Zeitungspresse im deutschen Reichsgebiet, insbesondere der Ver-liner Zeitungspresse.

Welche Bedeutung der letzteren beizumessen ist, umso mehr wenn man erwägt, daß die in den meisten Provinzialblättern enthaltenen wichtigeren Mittheilungen den Berliner Blättern entnommen werden, ergibt sich daraus, daß von den im deutschen Reichsgebiet erscheinenden, durch die Post vertriebenen 553 Millionen Zeitungsmum-merien allein 155 Millionen auf Berlin entfallen, was im Durchschnitt täglich 420—430,000 Zeitungsmummern ergibt.

Auf Berlin folgt Köln (Rhein) erst mit 22 1/2 Millionen, Breslau mit 18 1/2 Millionen, Frankfurt am Main mit 17 1/2 Millionen u.

(V. L.)

Wie vorauszuweisen war, wissen die So-zialdemokraten dem Bundesrat für die Mi-litarisation und „Rechtsgarantien“ in dem neuen Sozialistengesetz-Entwurf eine gewisse Dank. „Man hat das Gesetz“, so läßt sich das „Berliner Volksblatt“ aus, „geändert, angeblich gemildert, man hat sogar, so behauptet man, seine Ausübung mit größeren „Rechtsgaran-tien“ umgeben, dafür hat man aber auch wieder Verschärfungen aufgenommen, die in Vergleich zu den „Mildierungen“ gestellt, das Gesetz als eine Verschärfung erscheinen lassen. That-sächlich geben die Regierungen auch nicht ein einziges Nachmittage, das für sie von Werth ist, Preis; sie tauschen aber dafür Vortheile ein, welche die kleinen „Mildierungen“ vollkommen aufwiegen.“

Wenngleich diese sozialdemokratische Behauptung nicht zureichend ist und die tatsächlichen Mi-lidarisation des Gesetzes hier abschließend unter-schieden werden, konnte man diese Art von Kritik doch von vornherein erwarten. Es liegt auf der Hand, daß die Sozialdemokraten jedes Nachgeben ihnen gegenüber stets mit Hochschrei begrüßen, aber dasselbe überhaupt — je nachdem es ihrer Laune paßt — ignoriren werden. Ganz besonders aber werden die „Rechtsgarantien“, welche von ver-schiedenen Stellen als unerlässlich empfohlen und namentlich in den neuen Gesetzentwurf eingeführt worden sind, von sozialistischer Seite zurückge-wiesen und von den Interessenten selbst durchaus nicht als Wohlthat empfunden. So schreibt das oben genannte Organ bezüglich der in den §§ 7, 10, 14 und 16 ins Auge gefassten Be-zugung an die landesgesetzlichen richterlichen In-stanzen an Stelle des jetzt geltenden Beschwerde-weges:

„Damit ist nichts weiter gewonnen, als daß das Verfahren klopfiger und weniger wirksam wird. Und da unsere Gerichte gezwungen werden, der Definition des Begriffs „sozialdemo-kratische, sozialistische oder kommunistische“ auf den Umfang der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Verbrechen, die in einer der öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährden den Weise zu Tage treten“, sind, näher zu tre-ten, so werden Entscheidungen zu Stande kom-men, die weit über das hinausgehen, was die höheren Verwaltungsinstanzen als solche Ver-brechen anerkennen.“

„Der Richter kann keine milde Prognos und keinerlei Abweichung von dem einmal festge-stellten Begriff zulassen, ohne mit sich selbst in einer seine Autorität aufs tiefste untergrabenden Weise in Konflikt zu kommen. Er wird sich also be-mühen oder bemühen müssen, die durch das Ge-setz verbotenen Verbrechen so scharf als mög-lich zu fixiren, und so wird das Gesetz nach Wörtern erlangen, die selbst der Gesetzgeber nicht wollte.“

Hier wird also von sozialdemokratischer Seite auf das entschiedenste dem widerproben, daß die neue Anordnung größere Rechtsgarantien böte, als die bisher bestehende. Aber auch in Bezug auf die durch Mitglieder der höchsten Gerichte und Verwaltungsgerichte zu bildende von 9 auf 11 Mitglieder erhöhte Reichskommission spricht sich das sozialdemokratische Organ ab-sprechend aus; ab-sprechend auch insofern, als es sich prinzipiell gegen die Zuziehung richterlicher Personen wendet, also auch in dem Ertrag der Reichs-kommission durch das Reichsgericht, wie es von na-tionalliberaler Seite empfohlen wird, keine „Rechtsgarantie“ erblicken würde. Das Blatt schreibt nämlich:

„Welche größere „Rechtsgarantien“ in der neugeplanten Zusammenfügung der Reichs-kommission vorhanden sein sollen, vermögen wir eben-falls nicht zu erkennen. Die höheren Verwal-tungsbeamten, die bisher der Reichskommission angehört, haben alle ohne Ausnahme juristische Examina bestanden. Sie standen also in Bezug auf die juristische Befähigung hinter den Richtern in der Kommission kaum zurück. Nun kommt es aber bei der Natur eines Ausnahme-

gesetzes weit mehr auf die politischen als auf die juristischen Momente an, die seine Handhabung bestimmen, und da die politischen Momente nach wie vor im Vordergrund stehen, werden sie auch bei dem neuen Gerichtshof die maßgebenden bleiben.“

Diesen Einwendungen läßt sich nicht alle Berechtigung absprechen. Man sieht aber jeden-falls, daß, wenn jetzt von verschiedenen nicht so-jakobinischen Preßorganen selbst in diesem neuen Gesetz gemilderten Sozialistengesetz-Entwurf immer noch „Schärfen“ entdeckt werden, welche als zu hart entfernt werden müßten, wenn man sich den Kopf zerbricht, um immer neue „Rechtsgaran-tien“ zu finden, diese Vorbesinnung bei den Inter-essenten selbst ohne Dank bleibt und die An-führer über wirkliche Rechtsgarantien hier von sehr viel weniger doctinärer Art sind.

— E. M. Schiffenführer „Ariadne“, Kommandant zur See Clausen v. Jind, ist am 28. Oktober d. J. in Bahia eingetroffen und beabsichtigt am 14. November d. J. die Weiter-reise fortzusetzen.

— E. M. „Leipzig“, Kommandant Kapitän zur See Pildemann (Flaggschiff des Kreuzergeschwaders), mit dem Geschwaderchef Komte Admiral Einhard an Bord, ist am 28. Oktober d. J. in Port Said eingetroffen und an demselben Tage nach Mithene wieder in See gegangen.

— E. M. Panzerschiff „Kaiser“, Komman-dant Kapitän zur See Hoffmann (Flaggschiff des Uebungsgeschwaders), mit dem Geschwaderchef Komte Admiral Dollmann an Bord, sowie E. M. „Jacht“, „Hohenzollern“, Kommandant Kapitän zur See v. Arnim, verlassen am 31. Oktober d. J. Piräus und gehen nach Konstan-tinopel in See. Die übrigen Schiffe des Uebungsgeschwaders sind zwar E. M. Panzer-schiffe „Deutschland“, „Friedrich der Große“, „Preußen“, E. M. Kreuzerkorvette „Irene“ und E. M. Aviso „Wacht“ gehen an demselben Tage nach Mithene in See.

Wir berichten von Kurzem über das abermalige Anhalten des von Dr. Peters seiner Zeit für die Emin Pascha-Expedition gedachten Dampfers „Neera“ durch ein englisches Kriegs-schiff. Der „Hamb. Korresp.“ berichtet jetzt, daß der Zwischenfall in einer für den stellvertreten-den Reichskommissar völlig befriedigenden Weise erledigt und englischerseits nichts unterlassen worden ist, um volle Genugthuung zu gewähren. Der englische Admiral Fremantle hat Freiherrn von Grauert in einem Privatbriefe sein Bedauern über den Vorfall ausgedrückt und den Offizier, von welchem die Visitation der „Neera“ vorgenommen worden war, auf das Reichskom-missariat geschickt, welches derselbe sich wegen seines Benehmens entschuldigt hat. Ebenso hat der englische Admiral dem stellvertretenden kaiserlichen Generalkonsul zu San-Juan gegenüber sein Bedauern ausgesprochen, daß jener Zwischenfall sich ereignet habe, für den er allein die Verant-wortung trage. Er habe einige Tage nach Char-terung der „Neera“ durch den Reichskommissar San-Juan für längere Zeit verlassen, ohne die nöthigen Anstalten wegen derselben den Kommandanten seiner Kriegsschiffe zu geben. Dies sei nunmehr erfolgt, und er habe dadurch vorgebeugt, daß in Zukunft derartige für alle Theile unangenehme Zwischenfälle wieder vor-kommen könnten.

— Betreffs der Emin Pascha-Expedition er-halten wir folgende Mittheilung:

„Professor Schweinfurth hat heute auf eine telegraphische Anfrage, betreffs der letzten gemeldeten Wismannschen Nachricht von der in Wismann erwarteten Ankunft Stanley's, Emin's und Sakh's sowie sechs anderer Engländer, von einem sehr angesehenen Privatmann in San-Juan die telegraphische Antwort erhalten, daß die Nachricht glaubhaft erscheine und daß Wismann im Besitze von Briefen Emin Paschas sei.“

Wir haben schon zu der in dieser Mittheilung erwähnten, angeblich an den Hauptmann Wismann gelangten Nachricht bemerkt, daß, wenn sie sich bestätigt, selbstverständlich die Emin Pascha-Expedition gegenstandslos sein würde; sie müßte alsdann sogleich zurückgerufen werden. Das am morgen, Mittwoch, Abend zusammenbe-rufene Komitee wird sich darüber schließend zu machen haben, ob es die erwähnte Nachricht als authentisch annehmen hat. Ein Mittel dazu scheint uns eine direkte Anfrage beim auswärtigen Amt zu sein. Ist Emin mit Stanley und wenigen Begleitern auf dem Wege nach dem deutschen Schutzbiet, so würde das Komitee, auch wenn es demgemäß die Expedition aufgeben müßte, doch vollständig gerechtfertigt betreffs seines Vorgehens gegen alle früheren Nachrich-ten über Emin sein. Denn alle diese Melom-nen: daß Emin von Osman Digma gefangen ge-nommen worden; daß er im Gegentheil seiner Hilfe bedürfe, sondern seine Provinz in unge-minderter Macht behauptet; daß er mit einer Schaar von Tausenden auf dem Wege nach dem englischen Ostafrika sei; daß er nur Stanley borthin geschickt habe und noch schnell Uganda für die englische Gesellschaft erobern — alles dies würde sich dann als so falsch erwiesen haben, wie das Komitee es für falsch hielt.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

harrten, so erscheint die baldige Beilegung des Streits fraglich.

Notiz, 28. Oktober. Die während der letzten zwei Jahre im Gebiete des hiesigen Hafens vorgenommenen einschneidenden Veränderungen und Neuregulirungen werden bei Eintritt des jetzt nahenden Winters zum guten Theil vollendet sein. Nachdem die neue Hafen-kaie nahezu fertig gestellt, das Eisenbahngelände längs der ganzen Ausdehnung des Strandes fortgeführt und betriebsfähig gemacht ist, sowie durch Errichtung eines Güter-Expeditions-Schuppens und einer Zollniederlage und durch sonstige der Bequemlichkeit des Schiffsverkehrs zu gute kommende Einrichtungen alle Bedin-gungen erfüllt sind, welche für eine schnelle Ab-fertigung und Beförderung der Güter in Be-tracht kommen, haben die Bau-Arbeiten nach dieser Seite hin ihren vorläufigen Abschluß ge-funden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Oktober. Wie verschiedene Blätter melden, hat der Staatsseifenfabrik mit überwiegender Majorität den Antrag auf Erhebung der Personentaxen angenom-men. Der Handelsminister erklärte, dieser Beschluß werde auf das sorgfältigste geprüft werden, namentlich mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen, um das nur mühsam erzwungene Gleichgewicht nicht zu stören. Der Minister habe hinzugefügt, die Blättermeldungen über den Ueberschuß des Budgets pro 1890 in der angegebenen so nam-haften Höhe beruhten auf argen Uebertreibungen.

Wien, 28. Oktober. Mit Bezug auf den nunmehr nahe gerückten Besuch des Grafen Kalnoky beim kaiserlichen Bismarck in Friedrichshagen wird aus Wien geschrieben: Bei wenigen Minister-Begegnungen war mindestens einer der politischen Gesprächsgegenstände im Voraus so leicht und so zureichend zu errathen, wie bei der bevorstehenden; alle Welt ist sich klar darüber, daß die jüngste Berliner Monarchen-Zusammen-kunft und deren Ergebnisse einen, und wohl den hauptsächlichsten Gegenstand der Erörterung zwi-schen den beiden befreundeten Staatsmännern in Friedrichshagen bilden wird. Allerdings ist die Fahrt des Grafen Kalnoky nach dem Sachsen-walde nicht etwa als eine Folge des Berliner Jarenbesuchs anzusehen, vielmehr war jene, die die nun schon seit Jahren regelmäßig an diese Zeit stattfindet, bereits in Aussicht genommen, bevor man gewußt hatte, wann dieser erfolgen würde, und es wurde nützlich von unterrichteter Seite eigens festgestellt, daß der deutsche Reichs-kanzler den Leiter der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik schon anlässlich der Anwesen-heit des kaiserlichen Franz Josef in Berlin zu dem jetzt bevorstehenden Besuch eingeladen hat.

Über dies ändert nichts daran, daß Graf Kalnoky sich so eingehend wie möglich darüber informieren wird, welche Hoffnungen auf den letzten Aufenthalt des Kaisers von Rußland in der deutschen Reichshauptstadt für die fernere Erhaltung des Friedens gesetzt werden dürfen, und es ist sicherlich nicht zu bezweifeln, daß ihm Fürst Bismarck die begünstigten Anstöße ertheilen wird.

Wenn man jedoch weiter geht und wiederum von der „Mallerscheit“ des Reichskanzlers spricht, wenn man das Gerücht ansieht, daß in Friedrichshagen abermals eine „Ausgleichung der Gegensätze zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland“ stattfinden wird, so ist es nicht zu bezweifeln, daß eine derartige Kombination als durchaus willkür-lich und jeder Wahrscheinlichkeit entbehrende be-zugeln zu dürfen. Daß Graf Kalnoky selber ein derartiges Thema kaum anregen werde, be-darf keines Beweises. So sehr er auch grund-sätzlich eine friedliche Verständigung mit Rußland wünscht, so kann er sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß eine solche angesichts der bekannten negativen Tendenzen des kaiserlichen Reiches unmöglich ist, wenn nicht anders Oesterreich-Ungarn seinen konfessionellen, auf den Verträgen beruhenden Standpunkt aufzugeben wolle, wovon indeß keine Rede sein kann. Dem Fürsten Bi-smarck aber, dem ja diese Sachlage natürlich kein Geheimnis ist, darf nicht zugemuthet werden, daß er bei aller seiner vorzüglichen Bereitwillig-keit zu einer vermittelnden Thätigkeit eine Schiffsbrücke in der fraglichen Richtung er-neuern und seinen Gast vor ein unlösbares Dilemma stellen werde.

Gleichwohl bedarf es beinahe gar nicht eines abermaligen Ausgleichs-Versuchs zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland betreffs Bul-gariens; die Erhaltung des Friedens hängt nicht von dem Gelingen oder Scheitern eines solchen Versuchs ab, und die oben erwähnten Kombina-tionen geben von einer irrigen Voraussetzung aus. Die deutsche Thronrede bezeichnet den Frieden als gesichert „auf Grundlage der be-stehenden Verträge“. Dies war nur möglich, weil Rußland bis auf Weiteres darauf verzichtet hat, gegen das Bestehende direkt etwas zu unter-nehmen. Schon vor dem Berliner Jarenbesuch erklärten die Petersburger Offiziere, daß es sich darum handle, die künftigen Probleme ruhen zu lassen und Alles zu vermeiden, was zu einem Zustupfen der Schwierigkeiten führen könnte, um zu erproben, ob nicht die allseitige Zeit auch auf die vorhandenen Differenzen eine gute Wir-kung auszuüben vermöchte, und ob nicht die Zu-kunft im Stande wäre, ein entsprechendes Aus-kunftsmitel zu bieten. Diese Grundzüge haben die konservativen Mächte gern acceptirt, und so hat die Spannung der allgemeinen Lage nach gelassen.

Setzt die wiederholt geäußerten Ausgleichs-versuche erneuert, hieße die schlummernden Streit-igkeiten erwecken und die Lage erschweren, was gewiß nicht die Absicht des Fürsten Bismarck ist. Darum ist es falsch, anzunehmen, Fürst Bi-smarck werde seinem Gaste in Friedrichshagen die Rolle des „ehelichen Mallers“ gegenüberstellen.

Man weiß sonach im Vorhinein, worüber die beiden Staatsmänner sprechen werden, und worüber sie nicht sprechen werden; sie wer-den sich über die Ergebnisse des Jarenbesuchs, aber sicherlich auch über einen aussichtslosen österreichisch-russischen Verständigungsversuch be-treffs Bulgariens unterhalten.

In anderer Richtung mag wohl auch Bulgariens in Friedrichshagen gedacht werden, was nämlich die ruhige Entwicklung und die günstige Lage dieses Fürstenthums anbetrifft.

— Die „Times“ hat in der letzten Zeit mehrfach die in England obwaltenden Ver-muthungen, an freireichliche und armenische Gran-familien werben zu lassen, unterstellt. Deste bemerkenswerther ist es, daß das Etwas-Blatt nun selbst einem konstantinopler Briefe Raum giebt, der vor den bisher geäußerten Schilderungen der freireichlichen Zustände warnt und bemerkt, daß dasselbe auch von Armenien gelte, nicht ohne be-zugzuführen, daß die begünstigten Auswanderer von der gegnerischen Preße für ihre Zwecke ausgebe-n. Daß die „Times“, die gern mit der herrschenden Strömung geht, dem erwähnten Briefe Raum giebt, darf als ein Beweis angesehen werden, daß die Verthe, das englische Publikum durch Generalberichte zu beeinflussen und dasselbe in einen künstlich erzeugten humanitären Eifer hineinzuführen, keine Aussicht auf Erfolg haben.

Alles darüber hinausgehende gehört in das Ge-biet der Vermuthungen, auf das wir uns nicht begeben. Sider ist nur, daß zu irgend welchen neuen Verhandlungen oder Projekten zwischen den beiden Staatsmännern keinerlei Anlaß vorhanden ist, und daß die zwei ersten Rathgeber der ver-bündeten Kaiser bei ihrem bevorstehenden Wieder-sehen den Ideenaustausch über die Gesamtlage nur mit der Erneuerung der gegenseitigen Zu-sage abschließen werden, nach wie vor Hand in Hand zu gehen, Treue um Treue zu üben und unwandelbar ihr Streben darauf zu richten, daß den Vätern die Segnungen des Friedens erhalten bleiben.

Schweiz.

Bern, 29. Oktober. (V. L.) Der schwei-zerische Bundesrath hat den General-Konsul Pro-fessor Riviers in Brüssel beauftragt, mit der Regierung des Kongos a. a. über den Ab-schluß eines Handels- und Verkehrs-Ver-trages in Unterhandlungen zu treten.

Belgien.

Ein belgischer Korrespondent wies bereits auf die Eventualität der Erwerbung des Kongo-gebietes von Seiten Belgiens hin. Daß dieser Besitz der afrikanischen Kolonie für das Mutter-land sehr werthvoll werden könnte, erhielt aus nachstehenden weiteren Mittheilungen des Kor-respondenten: „Eine der sechs Gesellschaften, die sich in Brüssel behufs Ausbeutung des Kongo-gebiets gebildet haben, hat unlängst in Antwerpen für 400,000 Franken Eisenbahn verkauft. Sie ge-nießt in einigen Tagen für mehr als eine Million zu verkaufen und will dann im nächsten Januar einen dritten Verkauf veranstalten. Diefelbe Gesellschaft hat auch begonnen, Caoutchouc nach Belgien importiren zu lassen. Ein belgischer Geologe, Edmond Dupont, der sich nach dem Kongo-gebiet begeben hat, um die Bodenerhält-nisse daselbst zu studiren, ist mit der Ueber-zeugung zurückgekehrt, daß die Fruchtbarkeit des Landes nicht in Abrede gestellt werden könnte. In Brüssel hat sich dann auch sogleich eine neue Gesellschaft zum Zwecke des Ackerbaues und der Viehzucht im Kongo-gebiete gebildet. Diese That-sache und viele andere haben die Belgier über-zeugt, daß die Kolonie

gemeldet, Kamahero, der Häuptling von Damaraland, habe die englische Schutzherrschaft gegen deutsche Mißhandlungen angelehrt. Andere glaubwürdige Berichte stellen jedoch die Sachlage gerade umgekehrt dar, die deutschen Behörden und Missionare befänden sich in großer Gefahr, da die Eingeborenen sie von allen Hülfsmitteln abgeschnitten hätten und ihnen mit dem Tode drohten.

Amerika.

Newyork, 18. Oktober. Der am 16. d. M. im vorgenannten Diplomatensaal zu Washington zusammengetretene nautische Kongress dankt seine Einberufung der Initiative der Vereinigten Staaten. Anfangs fand die Aufforderung zur Bezeichnung des Kongresses bei den eingeladenen Regierungen eine recht kühle Aufnahme, namentlich England schien nicht über Lust zu haben, sich nicht zu beteiligen; doch haben schließlich fast sämtliche eingeladenen Regierungen Delegationen geschickt. Unter den Vereinigten Staaten sind vertreten: Deutschland, Österreich, Italien, England, Rußland, Belgien, Holland, Dänemark, Frankreich, Norwegen, Schweden, Spanien, Japan, China, Guatemala, Hawaii, Honduras, Mexiko, El Salvador, Venezuela. Außer Portugal haben Brasilien, Chile, Costa Rica, Nicaragua und Uruguay keine Delegationen entsandt. Da jedoch die Handelsflotten der vertretenen Staaten etwa 90 Prozent sämtlicher Handelsfahrzeuge auf dem Weltmeere repräsentieren, so liegt es auf der Hand, daß die praktischen Resultate dieses Kongresses zur Einführung eines allgemein gültigen Seefahrtsrechts auf allen Meeren des Erdballs führen müßten.

Die Punkte, die von den amerikanischen Delegierten dem Kongress vorgelegt werden, sind folgende:

- 1) Seesignale oder andere Mittel, um die Ortsbestimmung und Richtung der Schiffe im Nebel, bei Schneestürmen und „blidem“ Wetter genau anzugeben, Verhinderung von Kollisionen bei Nacht und die Wegerechte der Schiffe.
- 2) Regeln zur Bestimmung der Seetätigkeit der Schiffe.
- 3) Bestimmungen über den Tiefgang beim Verladen der Schiffe.
- 4) Allgemeine Regeln der Klassifizierung und Markierung der Schiffe.
- 5) Rettung von Leben und Eigentum bei Schiffbrüchen.
- 6) Notwendige Qualifikationen für Offiziere und Matrosen mit Einschluß der Prüfungen auf Seefähigkeit.
- 7) Fahrtsregeln für Dampfer auf vielbefahrenen Linien.
- 8) Nebensignale für Kommunikationsmittel auf hoher See.
- 9) Warnungssignale bei herannahendem Sturm.
- 10) Entfernung gefährlicher Schiffswracks.
- 11) Notifizierung von Abänderungen in Lichtern, Bojen und anderen Tag- und Nachtzeichen.
- 12) Ein allgemeines System für Bojen und Baken.
- 13) Errichtung einer permanenten internationalen Marine-Kommission.

Wenn der Kongress alle diese Punkte in zufriedenstellender Weise erledigen will, müssen die Delegierten fleißig an die Arbeit gehen, wenn sie in der ihnen bewilligten Zeit — der Termin ist offiziell bis zum 31. Januar 1890 ausgedehnt — mit ihrer Aufgabe fertig werden wollen. Dazu kommt noch, daß von Seiten Deutschlands der Versuch gemacht werden soll, außer diesen technischen Punkten noch die Erledigung gewisser Probleme des internationalen Seerechts in Vorschlag zu bringen. Deutschland hat speziell zu diesem Zwecke Herrn Dr. Sieveking aus Hamburg, einen der ersten Autoritäten auf dem Gebiete des Seerechts, delegiert. England und die Vereinigten Staaten opponieren aber dieser Erweiterung des Programms, und falls die deutschen Delegierten nicht durchdringen sollen, wird Dr. Sieveking die Berufung einer Spezialkonferenz beantragen, auf der dann solche maritime Streitfragen, für deren Lösung bei dem gegenwärtigen Stande des Völkerrechts allgemein anerkannte Grundsätze nicht maßgebend sind, erörtert werden sollen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. Oktober. Der Diakonus Bahr aus Bergen auf Nügen ist zum Prediger nach Friedland bei Stettin berufen und tritt am 1. November sein neues Amt an.

* Einem hiesigen am Neumarkt wohnenden Kaufmann ist vorgestern in der Mittagsstunde aus einer auf dem Hofe stehenden verschlossenen Kiste ein 14 1/2 Pfund schwerer Kuch geftohlen; trotz eifriger Nachforschung ist es bisher noch nicht gelungen, den Dieb zu ermitteln.

* Einem Arbeiter von auswärts wurde vorgestern ein auf dem hiesigen Bahnhofs stehender Koffer mit verschiedenem Inhalt während kurzer Abwesenheit desselben entwendet.

— In Niederzabden brannte in vergangener Nacht eine dem Hahnbauer Karl Beier gehörige, mit Vorräthen gefüllte Scheune nieder.

— Wenn mit Patentverschluß versehenes Bierflaschen, auf denen der Kalligraph und die Bezeichnung des Cellarhalters stehen, wurden gelegentlich einer polizeilichen Revision bei einem Schankwirt in Berlin gefunden. Aus dieser Veranlassung erging gegen denselben ein polizeilicher Strafbefehl, gegen welchen richterliche Entscheidung gefordert wurde. Das Schöffengericht und demnach die Strafkammer sprachen den Schankwirt frei. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob aber der Strafsenat des Kammergerichts das Urteil des Berufungsrichters mit folgender Begründung auf: Der Berufungsrichter spricht den Angeklagten frei, weil dieser die fraglichen Flaschen, welche unter gleichzeitiger Darreichung von Gläsern den Gästen zum Genuß des Bieres auf der Stelle vorgelegt werden sollten, nicht selbst gefüllt, sondern in gefülltem Zustande von der Brauerei bezogen habe, auf dergleichen Flaschen aber die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 20. Juli 1881, betreffend die Bezeichnung des Raumgehaltes der Schankgefäße, unter allen Umständen ausgeschlossen sei. Diese Auffassung ist jedoch rechtswidrig. Die Motive zu dem Entwurf jenes Gesetzes, welche im Wesentlichen von dem Reichstage gebilligt sind, lassen es nicht zweifelhaft, daß eine derartige Unterfertigung, wie der Vorderrißer sie beilegt, nicht gemacht werden sollte. Unterschiedslos sollen Schankgefäße, welche zur Verabreichung von Bier u. s. w. in Gast- und Schankwirtschaften dienen, mit einem Kalligraph und der Bezeichnung des Cellarhalters versehen sein. Eine allseitige Ausnahme findet nur bei festverschlossenen (versiegelten, verpackten, fest verkorkten u. s. w.) Flaschen und Krügen statt. Der Vorderrißer hätte daher zur Verurteilung des Angeklagten nur dann nicht gelangen dürfen, wenn er die Flaschen als festverschlossen angesehen hätte. Eine Entscheidung auch nach dieser Richtung hin zu treffen steht, da dieselbe auf thatsächlichem Gebiet liegt, dem Revisionsrichter jedoch nicht zu.

Es muß die Sache daher an den Vorderrißer zurückgewiesen werden, der bei seiner Entscheidung an den aufgestellten Grundsatz gebunden ist.

— Daß Teller Sammlungen, welche in Versammlungen zur Deckung der Unkosten veranstaltet werden, als von der polizeilichen Genehmigung abhängige Kollekte anzufassen sind, hat am Montag das Kammergericht entschieden. Es handelte sich um eine Teller Sammlung, welche auf einer Tischlerversammlung in Kienitz veranstaltet worden war. Wegen dieses Tatbestandes wurde gegen die Veranstalter dieser Sammlung, zu der keine polizeiliche Genehmigung vorher eingeholt war, Anklage erhoben unter Bezugnahme auf Polizeiverordnungen der Kienitzer Regierung von 1862 und 1862, welche nur Kollekte in Privatzirkeln und kirchliche Wohltätigkeitskollekte freilassen. Nachdem das Schöffengericht und die Strafkammer im Sinne der Anklage auf eine Geldstrafe für die unterlassene Einholung der Genehmigung erkannt hatte, hat nunmehr auch das Kammergericht sich dieser Auffassung angeschlossen.

— Die Bestimmung des § 163 15 des preussischen allgemeinen Landrechts, wonach bei formlosen Verträgen derjenige Kontrahent, welcher den mündlichen Vertrag zu erfüllen bereit war, in Ansehung der an den andern, welcher zurücktritt, zu leistenden Rückgabe durchgehends die Rechte eines redlichen Besitzers hat, findet nach einem Urteil des Reichsgerichts, V. Zivilsenats, vom 12. Dezember 1888, nicht nur auf lästige Verträge (d. h. auf Verträge, bei welchen beide Theile gegenseitige Verbindlichkeiten übernehmen), sondern auch auf wohlthätige Verträge Anwendung; es gebühren demnach auch dem Beschenkten bei Rückgabe der geschenkten Sache an den Schenker, welcher von dem formlosen, aber durch Lebergabe vollzogenen Verträge wegen der Formlosigkeit zurückgetreten ist, die Rechte eines redlichen Besitzers. Hat beispielsweise jemand auf einem ihm mündlich geschenkten Grundstück ein Wohnhaus errichtet, und nimmt sodann der Eigenthümer das Grundstück wieder an sich, so kann jener beanspruchen, daß der Eigenthümer ihm die auf den Bau verwendeten Auslagen ersehe.

— Die Erwerbslosigkeit im Sinne des § 28 des Kranken-Versicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 — als Voraussetzung der Fortdauer der Ansprüche eines Mitgliedes an die Krankenkasse — endigt nicht schon mit der Erlangung einer Arbeitsgelegenheit oder damit, daß der bis dahin Beschäftigte von einem Arbeitgeber zu dauernder Beschäftigung angenommen wird. Es ist dazu vielmehr auch erforderlich, daß derselbe die Arbeit wirklich antritt. Erkrankt er vor diesem Antritt, so bleiben ihm seine Ansprüche aus § 28 a. a. O. erhalten. Erkenntnis des Ober-Verwaltungs-Gerichts.

— Bahnhofs-Restaurants wird es zufolge der bereits erwähnten Sprachreinigung deutscher Staatsbahnen in Zukunft nicht mehr geben. Ueberall, wo man jetzt bei der Durchfahrt an Bahnhöfen ein solches erblickt, sieht man die Schilder überfluthet; das geschieht, „von Staatswegen“. Nach einigen Tagen werden die Schilder eine neue Aufschrift erhalten und dann wird es heißen „Bahnhofs-Wirtschaft“. So ist es seitens des „Verkehrsministeriums“ der Eisenbahnbehörde beschlossen worden, und diese Umänderung vollzieht sich gegenwärtig auf allen Bahnhöfen in Preußen.

Stadt-Theater.

Die gestrige volkstümliche Vorstellung brachte uns mit dem letzten Gaspiels des Herrn Direktor Arthur Deeg Jessings Drama „Nathan der Weise“. Unter Gast spielte die Titelrolle in ebenso einfacher und schlichter, wie doch auch gleichzeitig wahrhaft vernehmer und edler Weise. Es war dies in der That jener vornehme jüdische Weltweise, wie ihn der Dichter gezeichnet, mit ruhigem Blick, kaltem Mute und doch warmem Herzen. Herr Direktor Deeg konnte auf seine würdevollste Weise sich von dem hiesigen Publikum verabschieden. Von den hiesigen Mitgliedern zeichnete sich besonders Herr Feldhaus als jugendlicher und ungehämmerter Tempelherr aus; der Künstler sprach diesmal vollständig verständlich und zeigte, was er zu bieten vermag, wenn er sich eben — Zeit läßt. Da das Publikum niemals Eile hat, so sollte sich auch der Darsteller vor jeder Ueberhastung hüten. Bisher glich seine Darstellung immer dem aufbraunenden Mose, dem noch die Abklärung zu einem guten, wirklich genießbaren Weine fehlte. Hoffen wir, daß sich diese Abklärung, welche vielleicht unter dem Einflusse der Ruhe und Unentwegtheit unseres Gastes begonnen, nun auch forschet. Sein Tempelherr war eine wirklich gute Leistung, das Feuer war geliebt, aber die Unruhe der Gährung war überhand. Auch die Nachsicht des Fräulein Manu an zeichnete sich durch Muth und Herlichkeit aus. Ihren Worten fehlte es nicht an Wahrheit und Innigkeit. Herr Cornet's Saladin verdient gleichfalls Anerkennung, seine Darstellung war eine gute Mischung von fürstlicher Erhabenheit und der wilden Ungebundenheit eines orientalischen Herrschers. Die kleineren Partien der Sittah (Fräulein V. Aron), des Derwishes (Herr Wilhelm) und des Klosterbruders (Herr Schwerin) befriedigten. Die Daja des Fräulein Braun war zu unbedeutend, ganz verunglückt aber war der Partiarach des Herrn Manu; Nathan der Weise ist kein Stück, in dem eine Postenfürer angebracht wäre.

Aus den Provinzen.

Zwinemünde, 29. Oktober. In Folge des sehr niedrigen Wasserstandes sind gegenwärtig alle hier einkommenden, auf Stettin bestimmten Dampfer mit größerem Tiefgange gezwungen, bezugs Fortsetzung der Reise einen Theil ihrer Ladung hier zu leichtern. Wie verlautet, sind u. A. der Stettiner Dampfer „Wolga“, welcher einen Tiefgang von 17 Fuß hat, sowie der Hamburger Dampfer „Armin“ in diese Nothwendigkeit verlegt worden. Hoffentlich ist bei unspringendem Winde ein baldiges Steigen des Wasserpiegels zu erwarten.

Dammhoff i. Pomm., 28. Oktober. Bei einigen Tagen befand der einzige Ober-Inspektor von hier, Herr W., jetzt Gutbesitzer auf W. im Kreise Insterburg, seinen früheren Prinzipal, Herrn v. S. Man konnte eine gewisse Schwermuth an ihm bemerken, da er sehr oft allein ging und alle Besuche in der Nachbarschaft ablehnte. Heute nun fanden Kinder vom anderen Gute, welche im Walde Holz sammelten, den W. erschossen vor, neben ihm lag ein Revolver. Die Kugel muß gerade durch's Herz gegangen sein, wodurch der Tod auf der Stelle erfolgt ist. In einem Briefe an Herrn v. S. sind traurig vermittelte Familienverhältnisse als Grund der schrecklichen That angegeben. Zwei Briefe an Fräulein

W., wohl Tochter, und an Fräulein M. wurden bei der Leiche gefunden.

Für den Wahlkreis **Frankenburg-Nügen** ist seitens der Kartellparteien die Kandidatur des Reichstagsabg. A. D. v. K. (freisinnig) in's Auge gefaßt, nachdem Prof. Delbrück erklärt hat, ein Mandat zum Reichstag nicht wieder annehmen zu wollen.

Kunst und Literatur.

Graf Moltke. Ein Bild seines Lebens und seiner Zeit. Von **Herrn Müller-Bohn**. Mit 150 Illustrationen, Karten und Plänen von ersten deutschen Kämpfern. Hr. Excellenz dem General-Feldmarschall Grafen Moltke gewidmet. Berlin W., Verlag von Paul Kiepert. Preis 7 und 8.

Der Verfasser Herr Müller-Bohn schildert in der vorliegenden 7. und 8. Lieferung Moltke's Studien-Reisen in Italien und Spanien, ferner seinen Aufenthalt am russischen, englischen und französischen Hofe (nach Moltke's eigenen Aufzeichnungen). Die gleichen Vorzüge, welche das Lebensbild „Unser Fritz“ auszeichnen, sind auch dieser Darstellung nachzurufen. Das politische Zeitbild bis zum Jahre 1864, auf dessen Grunde sich das Leben Moltke's abhebt, ist klar, kurz und äußerst fesselnd gefaßt. Die Sprache ist volksthümlich im besten Sinne und frei von jeder hohen Phrase. Durch den reichen Illustrations-reichthum dieser Lieferungen wird der beglückten Darstellung ein ganz besonderer Reiz verliehen. Jede Lieferung kostet nur 50 Pf.

Wir machen wiederholt auf die treffliche Zeitschrift „**Neber Land und Meer**“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Herausgegeben von Josef Kürschner, redigirt von D. Baifch), das dieser Tage 31 Jahre alt wurde, aufmerksam. Dieselbe kostet vierteljährlich nur 3 Mark, mithin die einzelne Nummer mit ihrem unendlich reichen Inhalt nur 25 Pfennig, und bietet dabei einen Reichthum an Bildern, Novellen, Humoresken, belehrenden Abhandlungen u. s. w. kaum irgend eine andere Zeitschrift.

Entzückend, für Weihnachtsbeschenke sehr geeignete Handarbeit-Berlagen bringt die sieben erschienenen Nummern von „**Mode und Haus**“. Das Modetheat ist durch 18 das seine, aber einfache Genre wiedergebende Original-Illustrationen vertreten. In der zu „Mode und Haus“ gehörigen, illustrierten Hausfrauenzeitung sorgen 32 auf alle Gebiete des praktischen Hauswesens sich erstreckende Artikel für maßgebende Orientierung. Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Bestellungen auf „Mode und Haus“ zum niedrigen Vierteljahrespreise von 1 Mark, beziehungsweise 1 Mark 25 Pf. (letzterer Preis schließt die Lieferung der werthvollen colorirten Modetheat ein) an.

Feldblumen. Lustige Geschichten von Müller u. Friele. Norden bei Seltan. Wer gerne einige lustige Geschichten in deutscher Manier lesen will, dem können wir dies Buch empfehlen.

Bermischte Nachrichten.

— Die Theilnehmer der dritten Stangen'schen Gesellschaftsreise um die Erde haben von Singapore aus einen Ausflug nach der Insel Batavia unternommen und sind jetzt von demselben glücklich in Colombo (Ceylon) angekommen. Der Aufenthalt in Vorderindien dauerte 6 bis 7 Wochen, dann begaben sich die Reisenden nach Egypten. — Zur Weltausstellung in Paris sind vom Karl Stangen'schen Reisebureau in diesem Jahre 25 Gesellschaftsreisen ausgeführt worden.

Halle, 29. Oktober. Professor Richard Geise hat in einem Anfall von Geistesstörung Hand an sich gelegt und sich mit einem Rasirmesser die Kehle durchschnitten! Ein trefflicher Gelehrter, ein vielseitiger Philologe, ein feinsinniger Literaturnormer und literaturhistoriker, ein liebenswürdiger Mensch ist damit auf unerwartete und grausame Weise von uns geschieden. Geise, geboren am 4. Juni 1824 zu Neuenhof bei Halle, hatte mit gleichem Eifer orientalische, klassische und neuere Philologie studirt, wirkte in den fünfziger Jahren als feinsinniger Bibliothekar und Dozent in Berlin, seit 1863 als ordentlicher Professor der morgenländischen Sprachwissenschaft in Halle. Seine Arbeiten umfassen die verschiedenartigsten Gebiete. Die Jahresberichte über orientalische Literatur, die er als Vorstandsmitglied der deutschen morgenländischen Gesellschaft herausgab, waren in Fachkreisen als unentbehrlich geschätzt, nicht minder seine Werke „Die Alchemie“, „Al Ghazzali's Leben und Werke“, u. s. w. Von seiner nicht minder gebiegenen Kenntnis moderner Schriftthums legte er Zeugnis ab als Schatzkammer und Lesungshaus, über „Dyptyl und Dergeschichte“ u. a. In Halle hielt er neben seinen orientalischen auch literaturhistorische Vorlesungen und war längere Zeit als Theaterkritiker tätig. Auch in weiteren Kreisen war er durch populäre Literaturvorträge, durch zahlreiche Gelegenheits- und Festreden bekannt, die sich durch seine Züge, durch freimüthige, dabei maßvolle und duktile Gesinnung auszeichneten. In den literarischen Kreisen Berlins, die er früher öfter aufsuchte, war der sympathische Mann mit dem freundlichen, milden, fast schwärmerischen Gesichtsausdruck eine gern gesehene Erscheinung, und mit Beträufnis werden Alle, die ihm im Leben näher getreten, die traurige Kunde von dem so frühen Ende eines solchen Mannes vernehmen.

— Fräulein: „Haben Sie mir den Beisebogen geholt, Anna?“ — Dienstmädchen: „Gewiß, es sind mir aber ein paar Regentropfen drauf gekommen!“ — Fräulein: „Deshalb besser; er ist ja für meinen Bräutigam bestimmt; da brauch ich doch nicht extra drauf zu weinen!“

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. Oktober. Wetter: Nebig. Temperatur + 8° Reaumur. Barometer: 28 4/10.

Weizen matter, per 1000 Kilogr. loco gelber 177—179 bez., per Oktober 180 u. s. G., per November-Dezember 179,5—179,25 bez., per November-Dezember 179,5—179,25 bez., per Dezember-Januar —, per April-Mai 186,5 bis 185,5 bez.

Roggen wenig verändert, per 1000 Kilogr. loco inländischer neuer 159—161 bez., per Oktober u. s. G., per November-Dezember 159,25—159,5 bez., per Dezember-Januar —, per April-Mai 163,25—163 bez., per Mai-Juni 164—163,5 bez.

Gerste behauptet, loco Märker 158—170 bez., pommerische —.

Safer per 1000 Kgr. loco pommerischer 148—153 bez.

Winterweizen ohne Handel.

Winterweizen ohne Handel.

tober 70er 30,6 nom., per Oktober-November 70er 30,6 nom., per November-Dezember 70er 30,3 nom., per April-Mai 70er 31,5 nom., per Mai-Juni 70er —.

Petroleum loco 12,15 bez. bez.

Landmarkt. Weizen 179—182. **Roggen** 160—165. **Gerste** 160—164. **Safer** 150 bis 160. **Erbsen** 150. **Nüßeln** —. **Kartoffeln** 30—33. **Heu** 2,75—3,00. **Stroh** 36 bis 39.

Berlin, 30. Oktober. **Weizen** per Oktober November 181,50 bis — M., per Novbr.-Dezbr. 181,00 M., per April-Mai 190,25 M.

Roggen per Okt.-Novbr. 165,25—165,00 M., per November-Dezember 165,00 M., per April-Mai 166,25 M.

Rüßel per Oktober 72,80 M., per April-Mai 61,70 M.

Spiritus loco 51,60 M., loco 70er 32,10 M., Oktober 32,10 M., Oktober-November 70er 31,00 M., November-Dezember 70er 30,60 M., per April-Mai 70er 31,80 M.

Safer Oktober-November 154,50 M.

Petroleum Oktober 24,70.

London. Wetter: schön.

do. von 1880	93,20	Ultimo-Course:	
effert. Banknoten	177,30	Disconto-Comptant	240,50
effert. Banknoten	177,30	effert. Credit	198,50
do. do. Ultimo	211,50	Bankablässe	176,00
at. 5 p. Cred. 5%		Dortm. Union St.-Pr. 6%	150,60
do. (110) 4 1/2%	106,50	effert. Südbahn	135,60
do. (110) 4%	103,10	Wien-Burg-Wilna	
do. (110) 3 1/2%	93,50	do. do.	96,50
do. (110) 4%		Pragerbahn	127,50
I. Emittion	88,10	Bankablässe	53,70
effert. kurz	210,85	Franken	162,70
noten kurz	—		